



OFFEN GESAGT

DR. TASSILO WALLENTIN

Rechtsanwalt in Wien und Bestseller-Autor.
tassilo.wallentin@wallentinlaw.com



Die Steuer auf Bargeld

Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert eine Bargeldsteuer. Die Menschen sollen gezwungen werden, ihre Ersparnisse auf Bankkonten zu legen, damit der Staat und Zentralbanken Zugriff darauf haben. Der Krieg gegen das Bargeld und neue Massensteuern nehmen konkrete Formen an.

Der IWF will das Bargeld besteuern. So soll die Weltwirtschaft angekurbelt werden. Beispielhaft gesagt, soll es künftig im Supermarkt für jedes Produkt zwei Preise geben. Einen niedrigen für Kunden, die mit Bankomat- oder Kreditkarte bezahlen – und einen hohen, der für alle gilt, die mit Bargeld bezahlen. Das Motto lautet: „Wer bar zahlt, muss mehr zahlen.“ So will man die Menschen dazu bringen, auf Kartenzahlung umzusteigen und ihre Ersparnisse auf Bankkonten zu legen. Danach sollen Zentralbanken und Regierungen die Bürger zum Konsum zwingen. Sie sollen auf alle Sparguthaben so hohe Strafzinsen einheben, dass die Menschen ihre Ersparnisse lieber ausgeben anstatt sie am Konto dahinschmelzen zu lassen. Der Fluchtweg ins Bargeld wäre abgeschnitten. Wer sein Geld abhebt, zu Hause hortet und erst unmittelbar vor einem Kauf wieder auf sein Konto einbezahlt, dem zieht die Bank sofort Strafzinsen für die Vergangenheit ab. Niemand soll dem Konsumzwang entkommen. Die Studie des IWF trägt den Titel:

„Abkassieren – Wie man Negativzinsen ins Laufen bringt“

Der Krieg gegen das Bargeld und die Einführung neuer Massensteuern zur Finanzierung des globalen Schuldenkarusells nehmen wieder Fahrt auf. In einer bargeldlosen Welt hätten Regierungen ungehinderten Schnellzugriff auf unsere Sparguthaben. Die Einhebung von Vermögenssteuern zur „Rettung“ von überschuldeten Staatshaushalten, Pleitestaaten und Banken ließe sich problemlos über Nacht durchziehen. Der wehrlose Bürger sieht erst am nächsten Morgen auf seinem Kontoauszug, dass ihm eine „Sonderabgabe“ von beispielsweise 47% abgezogen wurde – so geschehen in der Zypern-Krise 2013, „dem größten Bankraub aller Zeiten“ („SPIEGEL ONLINE“).

All das wäre das Ende des Geldes als privates Eigentum. Zentralbanken und Regierungen hätten die totale Kontrolle über die Finanzströme, die sie lenken und leiten können wie sie wollen. Es gäbe keine Anonymität mehr. Mit allen Kontobewegungen sind Vorlieben, Ge-

wohnheiten und Persönlichkeit jedes Einzelnen offengelegt. Der „gläserne Mensch“ würde Realität.

Der IWF ist kein Debattierclub. Er soll die Stabilität des internationalen Finanzsystems stärken. Dem IWF gehören 189 Regierungen an und die Europäische Zentralbank (EZB) steht in enger Abstimmung zu ihm. Was wir heute für völlig absurd halten, kann morgen schon Realität sein. Wer hätte je gedacht, dass zur „Euro-Rettung“ ein paar, vom Volk nicht gewählte EZB-Banker in geheimer Sitzung die Zinsen für Sparer abschaffen, und – ohne parlamentarische Kontrolle – 2.600 Milliarden Euro an Krisenländer, Banken, Gläubiger und Spekulanten umverteilen? Das ist die Realität seit 2015.

Der IWF-Vorschlag ist nicht nur ein Angriff auf unsere Freiheit, sondern auch auf die Demokratie. Das Finanzgenie Mayer Rothschild brachte es schon vor über 100 Jahren richtig auf den Punkt: „Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, und es ist mir gleichgültig, wer die Gesetze macht!“

Illustration: Marian Kamensky